

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Doris Odendahl MdB formuliert Erwartungen an das Bildungsforum bei Bundeskanzler Kohl: In der Bildungspolitik muß endlich gehandelt werden.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB und Ulla Burchardt MdB fordern den Ausbau von Bürgerrechten: Die SPD kann sich eine zwiespältige Haltung nicht leisten.

Seite 4

Dokumentation

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, sprach am 9. November, dem 55. Jahrestag der Reichspogromnacht, vor der SPD-Bundestagsfraktion. Die Rede im Wortlaut.

Seite 5

48. Jahrgang / 215

10. November 1993

In der Bildungspolitik muß endlich gehandelt werden!
Der Kanzler muß sich auf dem Forumgespräch am 11. November für Veränderungen öffnen

Von Doris Odendahl MdB
Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Die deutschen Hochschulen sind seit vielen Jahren überlastet, weil ihr Ausbau seit Mitte der 70er Jahre in den alten Ländern mit der auf über 1,8 Millionen angewachsenen Zahl der Studierenden nicht Schritt gehalten hat und weil die zweite Phase der Bildungsreform, die Reform der Studieninhalte, an den widerstreitenden Interessen der Beteiligten Anfang der 80er Jahre gescheitert ist. Probleme bereiten auch die schleppende personelle Erneuerung in den neuen Ländern und die Modernisierung der teilweise überalterten Bausubstanz in den alten wie in den neuen Ländern.

Betroffen sind zunächst die Studierenden selbst: Aufgrund der unzureichenden Studienbedingungen verlängern sich die durchschnittlichen Studienzeiten immer mehr. Mangel an studentischem Wohnraum, die unzulängliche individuelle Ausbildungsförderung nach dem BAföG, Mängel in der Studienorganisation und schleppende Prüfungsabläufe müßten im Mittelpunkt einer Strukturreform stehen, zusammen mit einer Verbesserung der Personalausstattung, um die Betreuung der Studierenden intensivieren zu können. Weiter ist auf Mängel in der Ausstattung mit Sachmitteln, zum Beispiel bei vielen Universitätsbibliotheken, hinzuweisen.

Im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung steht dagegen der Hochschulbauansatz des Bundes, der gewiß auch dringend angehoben werden muß, um es den Ländern zu ermöglichen, ihre Hauptverantwortung für den Personalbereich und den laufenden Betrieb der Hochschulen - unter Einfluß der notwendigen Modernisierung auch von Hochschulneubauten aus den 70er Jahren - erfüllen zu können. Kurzfristig kann die von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen verweigerte Erhöhung der Hochschulbaumittel des Bundes von 1,68 Milliarden DM auf mindestens 2,0 Milliarden DM keine Lösung der Kapazitätsengpässe bringen. Sie ist gleichwohl langfristig von zentraler Bedeutung, wann an dem Grundsatz des Offenhaltens der Hochschulen festgehalten werden soll:

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 1204 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.,
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertraglich eingetragene
Anmeldung beim
Bundregister



Bei dem angestrebten und zu erwartenden Anteil von künftig etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs, der ein Hochschulstudium anstrebt, ist auf Dauer mit über zwei Millionen Studierenden zu rechnen. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des Qualifikationsstandorts Deutschland notwendig, da trotz des eher konjunkturbedingten Anstiegs auch der Akademikerarbeitslosigkeit (derzeit etwa 3,5 Prozent) auf Dauer mit steigendem Qualifikationsbedarf in Wirtschaft, Verwaltungen und Gesellschaft zu rechnen ist. Allerdings unterstellt diese Aussage auch, daß künftig Hochschulabsolventen bei einer veränderten Arbeitsorganisation verstärkt dort eingesetzt werden, wo bisher qualifizierte Facharbeiter und Techniker ihren Platz fanden: in Klein- und Mittelbetrieben, auch im Handwerk, in ausführender Tätigkeit ebenso wie bei der Wartung neuer Technologien, und zwar im Team mit Fachkräften auf unterschiedlichem Niveau.

Es ist daher berechtigt, die Frage, ob die Hochschulen vor dem Kollaps stehen, in zwei Richtungen zu beantworten: Die erste Antwort lautet: Sie sind - unter Effizienzgesichtspunkten wie unter Gesichtspunkten der Qualität der Ausbildung - längst kollabiert, gemessen an überkommenden Maßstäben zumindest in den von einigen lieblos und abwertend so benannten "Massenuniversitäten" und "Massenfächern". Ich habe aber Hemmungen, ein solches Pauschalurteil über alle Hochschulen, alle Hochschullehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des "Mittelbaus" und das gesamte nichtwissenschaftliche Personal sowie nicht zuletzt über alle Studenten auszuschütten. Es gibt nach wie vor bemerkenswerte und zu unterstützende Bemühungen und Erfolge bei dem Versuch, mit den beschriebenen Problemen fertig zu werden.

Eine zweite Antwort fällt dagegen leichter und muß auch deutlicher als bisher ausgesprochen werden: Kollabiert ist vor allem die Hochschulpolitik. Zu lange hat die "allgemeine Politik" den Stellenwert von Bildung und Wissenschaft für unsere Gesellschaft in Sonntagsreden betont, in der politischen Praxis aber vernachlässigt. Daraus resultierten letztlich auch die sinkenden Anteile der Bildungs- und Wissenschaftsausgaben in den Haushalten von Bund und Ländern. Im Vergleich zu 1975 hat dies auch zu einem dramatischen Rückgang des Anteils der Bildungs- und Wissenschaftsaufwendungen am Bruttosozialprodukt geführt: Der Kernaussage von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969, Bildung und Wissenschaft müßten wieder mit an die Spitze der Reformen gestellt werden, entsprechend konnte dieser Anteil bis 1975 auf 5,5 Prozent erhöht werden. Er sank bis 1990 auf 4,1 Prozent. Nach Feststellungen der OECD ist der Anteil der Bildungsausgaben an allen öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik von 15,8 Prozent (1975) auf 13,4 Prozent (1990) gesunken. Wir liegen damit am Ende der Rangskala der westlichen Industriestaaten!

Anfang 1992 habe ich den Bundeskanzler aufgefordert, Bildung wieder zur "Chefsache" zu machen. Der Bundeskanzler ist dieser Aufforderung Mitte 1992 in einem Zeitungsartikel nachgekommen. Seitdem wird über einen "Bildungsgipfel" geredet. Bis heute ist der Termin noch nicht bekannt, obwohl die Kultus- und die Finanzminister der Länder im Mai und Oktober 1992 ihre "Hausaufgaben" gemacht hatten und obwohl seit Mai 1993 das sogenannte "Eckwertepapier" der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des vorgesehenen bildungspolitischen Spitzengesprächs vorliegt. Das am 11. November (!) im Kanzleramt stattfindende "Forum" ist lediglich ein Gespräch des Kanzlers mit Verbänden, einigen Ländervertretern und von ihm ausgewählten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Es kann keine Rede davon sein, daß der Bundeskanzler bisher den Jugendlichen, den Hochschulen und der an Bildungsfragen in den letzten Jahren wieder erheblich interessierten Öffentlichkeit die notwendige Orientierung gegeben hat. Es kann auch keine Rede davon sein, daß er von seiner "Richtlinienkompetenz" wirksam Gebrauch macht: Einerseits wird zutreffen das Lied von der hohen und steigenden Bedeutung von Qualifikationen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland gesungen; allerdings ist die Verengung auf den ökonomischen Bedarf an Qualifikationen ebenso zu bemängeln wie die verkürzte Aussage im Standortpapier der Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinge allein von ökonomischen Kostenfaktoren ab - und nicht zuallererst von dem sozialen Gefüge und dem friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft, die von mehr als nur dem Exportüberschuß und den Unternehmerngewinnen geprägt ist.

Die im "Eckwertapapier" beschriebenen Maßnahmen erfordern erheblich mehr finanzielle Aufwendungen vor allem des Bundes. Der Bundeskanzler hat in der Auseinandersetzung zwischen dem Bundesbildungsminister und dem Finanzminister um die Höhe der Ansätze für den Hochschulbau nicht in diesem Sinne vermittelnd eingegriffen. Noch unverständlicher ist allerdings, daß die Bundesregierung die eingangs beschriebenen Probleme der Studierenden schlicht beseitigt schiebt und die notwendige Anpassung der Bedarfsätze und Frelbeträge beim BAföG in den Jahren 1995 und 1996 aussetzen will. Ebenso schlimm ist, daß die Bundesregierung BAföG immer weniger als Sozialleistungsgesetz und immer mehr als Instrument zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von einer neuen Hochschulstruktur mißbraucht - auf dem Rücken der knapp 30 Prozent Studierenden, die überhaupt noch BAföG erhalten.

Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Auf die Politik angewendet ist daher die Frage berechtigt: Was hat die Opposition getan, um mit konstruktiver Kritik und Anregungen auf notwendige Veränderungen der Politik hinzuweisen? In einem Vortrag auf der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung "Bildung für eine demokratische Gesellschaft" am 4./5. September 1993 habe ich unter anderem folgende Forderungen erhoben (und, soweit ich es sehe, den Begriff "Eckwerte" in die Diskussion eingebracht):

- Die Demokratisierung der Hochschulen muß endlich verwirklicht werden. Nicht zuletzt deshalb, weil es nicht angehen kann, ihnen sonst mehr Autonomie zu gewähren.
- Die Studienreform muß endlich umfassend eingeleitet und umgesetzt werden, selbstverständlich unter aktiver Beteiligung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern und unter Einschluß von Berufs- und Studienberatung und mit dem Ziel der Verbesserung der Lehre. Anzustreben sind Stoffentlastung einerseits und stärkere Orientierung an den Anforderungen von Arbeitswelt und Gesellschaft, Verkürzung von Studien- und Prüfungszeiten auf ein für alle Beteiligten akzeptables Maß und die drastische Verkürzung der Studienabbrecherquoten.
- Am Ende dieses Aushandlungsprozesses könnte eine neue Studienstruktur stehen, die zu einem berufsqualifizierenden Abschluß nach einem vier- bis fünfjährigen Grundstudium führt und alle Absolventinnen und Absolventen zum Aufbaustudium einerseits und zum - berufsbegleitenden - weiterbildenden Studium andererseits befähigt beziehungsweise berechtigt. Besondere Eingangsprüfungen zum Aufbaustudium lehne ich ab.
- Öffnung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige, wie von der SPD in Ihrem HRG-Novellierungsvorschlag, Drucksache 12/2125, vorgeschlagen.
- Die Entwicklung neuer Studiengänge im Fachhochschulbereich, die Reform des öffentlichen Dienstrechts und der Besoldung, die Kooperation der Hochschulen, auch bei der Promotion qualifizierter Fachhochschulabsolventen, sollen ebenfalls das Ergebnis der neuen Studienreformdiskussion sein.
- Die Hochschulreform muß endlich zur Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft und zur Verbesserung der Studienbedingungen auch für Studierende mit Kindern, für behinderte Studierende und für Teilzeitstudierende führen.
- Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muß intensiviert, dem Nachwuchs muß eine Beschäftigungsperspektive im Hochschulbereich eröffnet werden. Wenn ab Mitte der 90er Jahre die in den 70er Jahren berufenen Hochschullehrer eremitiert werden, darf dies nicht zu einer Personalreduzierung mißbraucht werden. Benötigt werden nach Berechnungen der GEW 40 bis 50.000 Hochschullehrer zusätzlich. Schon längst hätte eine "Beschäftigungsbrücke" für qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte vereinbart werden müssen! Nachwuchs läßt sich nicht "auf Halda produzieren".
- Beim Ausbau der Studienkapazitäten ist eine Ausrichtung am langfristigen Bedarf zugrunde zu legen. Dieser dürfte mindestens bei 1,2 Millionen Studienplätzen liegen, darunter mindestens ein Drittel im Fachhochschulbereich, der vorrangig zu erweitern ist.

- Die Hochschulen - auch die Fachhochschulen - müssen Stätten der Grundlagenforschung beziehungsweise der anwendungsorientierten Forschung bleiben beziehungsweise werden, ebenso der Weiterbildung.

Die SPD setzt sich für mehr öffentliche Mitwirkung und parlamentarische Beteiligung bei der Bildungsreform ein, die nicht auf den Hochschulbereich beschränkt bleiben darf. Die Qualität und Attraktivität der Berufsausbildung im dualen System wie in der vollzeitschulischen Berufsausbildung müssen verbessert werden. Bei der Diskussion um die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur müssen Qualitätsgesichtspunkte, Durchlässigkeit und die soziale Öffnung weiterführender Bildungsangebote im Vordergrund stehen, nicht finanzpolitische Erwägungen. Dabei sind von Bundesseite aber auch die in der Verfassung festgelegten Zuständigkeiten zu beachten - und voll auszuschöpfen. Umso bedauerlicher ist es, daß kürzlich die Koalitionsfraktionen im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft den SPD-Antrag "Bildungsgipfel - Vorbereitungen parlamentarisieren und Betroffene einbeziehen" (Drucksache 12/4775) rundheraus abgelehnt haben. Der von mir zusammen mit den JUSO-Hochschulgruppen initiierte "Runde Tisch für Bildung und Beruf" hat am 29. Oktober 1993 zum fünften Mal getagt und gemeinsame Vorstellungen der Betroffenen zum "Forum" des Bundeskanzlers zur Vorbereitung des "Bildungsgipfels" entwickelt. Dieses Forum soll ausgerechnet am 11. November stattfinden, wenn traditionsgemäß die Bonner Jecken das Bundeskanzleramt stürmen. Bützchen wollen die Studierenden und die Verbände und Gewerkschaften im Bildungsbereich dem Kanzler aber nicht geben!

Wir brauchen einen neuen, in der Bund-Länder-Kommission zu erarbeitenden Bildungsgesamtplan. Wir brauchen einen neuen, von Regierungen unabhängigen Bildungsrat. Außerdem wäre es an der Zeit, das Bildungssystem der Bundesrepublik einem "Länderexamen" der OECD zu unterziehen, wie dies letztmals 1972 geschehen ist. Wer wegen Europa Bildungsreformen - zum Beispiel Verkürzung der Ausbildungszeiten - fordert, sollte den Vergleich nutzen mit dem Ziel, voneinander zu lernen.

(-/10. November 1993/rs/ks)

Abbau oder Ausbau von Bürgerrechten?

Die SPD kann sich eine zwiespältige Haltung nicht leisten

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

**Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung und**

Ulla Burchardt MdB

**Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung**

Die SPD wird auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden Ihre Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen politischen Entscheidungen unserer Gesellschaft bekräftigen. Die SPD fordert zum einen, daß in unserem Grundgesetz Volksbegehren und Volksentscheid verankert werden. Zum anderen wird die SPD in ihrem Organisationsstatut Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid verankern. Auf diesem Wege soll die repräsentative Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie wirksam ergänzt werden.

Instrumente der kollektiven Bürgerbeteiligung sind ein Beitrag zum Ausbau demokratischer Rechte in unserer Gesellschaft. Daneben gibt es auch das Instrument der individuellen Bürgerbeteiligung. Öffentlichkeitsbeteiligung ist seit den 70er Jahren bei der Durchführung von Genehmigungsverfahren mit erkennbaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt als individuelles Bürgerrecht gesetzlich verankert und spielt unter anderem im Bundesimmissionsschutzgesetz, im Atomgesetz und im Gentechnikgesetz eine wichtige Rolle. Ziel dieser individuellen Bürgerbeteiligung ist einerseits, vor zur Entscheidung anstehenden Projekten den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, Ihre Einwände und Bedenken vorzubringen. Die Genehmigungsbehörden sind verpflichtet, durch öffentliche Auslegung

der Antragsunterlagen die Inanspruchnahme des Rechtes durch Betroffene zu ermöglichen. Sie sind zugleich gehalten, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung unter Beteiligung der Antragsteller und möglicher Beschwerdeführer eine Erörterung der Einwände und Bedenken durchzuführen und sie zu beschleiden. Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist andererseits, eine größere Rechtssicherheit für abschließende Entscheidungen der Genehmigungsbehörden zu schaffen. Dies ist vor allem im Interesse der Antragsteller.

Die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren gibt durchaus Veranlassung für kritische Fragen:

- Ist die Einsatzschwelle für das Instrument der Öffentlichkeitsbeteiligung immer richtig gesetzt?
- Brauchen wir Verfahrensänderungen für die bessere zeitliche Kalkulation der Verfahren?
- Brauchen wir im Einzelfall eine stärkere Differenzierung des bürokratischer Aufwandes und der Kosten, die dabei für Antragsteller entstehen?
- Ist eine stärkere Konzentrierung der Öffentlichkeitsbeteiligung auf die im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens bewertungs- und entscheidungsbedürftigen Sachverhalte denkbar; welche möglichen Vor- und Nachteile könnten sich daraus ergeben?

Öffentlichkeitsbeteiligung wird aber von interessierter Seite mittlerweile als große Belastung für den Standort Deutschland dargestellt, obwohl es vergleichbare Möglichkeiten auch in anderen Industrieländern, vor allem in den USA, gibt. Die SPD ist gut beraten, die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht nur auf ihre Relevanz als Standortfaktor zu verkürzen. Lange oder überlange Zeiten für Genehmigungsverfahren sind in der Regel nicht durch Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung begründet. Erste Erfahrungen mit dem Investitionsvereinfachungsgesetz deuten eher darauf hin, daß ein Abbau von Öffentlichkeitsbeteiligung zu Rechtsunsicherheit beiträgt und damit die zeitliche Kalkulierbarkeit von Genehmigungsverfahren beeinträchtigen kann.

Öffentlichkeitsbeteiligung als Instrument individueller Bürgerbeteiligung muß ihren Platz auch da behalten, wo es um das Abwägen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen geht.

Die SPD wäre deshalb gut beraten, selbst zu klären, ob wir eine Modernisierung des Instruments der Öffentlichkeitsbeteiligung brauchen, anstatt an einer scheinweisen Abschaffung der Öffentlichkeitsbeteiligung als Beitrag zur "Standortpolitik" mitzuwirken.

Es ist kein gutes Zeichen, daß bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes ohne konkrete Auseinandersetzung mit den Erfahrungen bei Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung eine faktische Abschaffung der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Bereich der Gentechnik auch unter Mitwirkung von SPD-geführten Bundesländern vorgenommen worden ist. In Fragen der Bürgerbeteiligung droht die SPD in einen Spagat der Unglaubwürdigkeit zu geraten, wenn eine Ausweitung kollektiver Rechte mit einem Abbau individueller Bürgerbeteiligung einhergeht.

(-/10. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ignatz Bubis: Für Gewalt gibt es keine Rechtfertigung

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, sprach am 9. November, dem 55. Jahrestag der Reichspogromnacht, vor der SPD-Bundestagsfraktion. Die Rede im Wortlaut.

Der heutige Tag ist ein sehr schwieriger Tag, er ist ein schicksalsträchtiger Tag. Denn neben dem 9. November 1938 spielt auch der 9. November 1989 eine wichtige Rolle. Und daneben gibt es auch

den 9. November 1923. Und insofern ist es sehr schwierig, diesen Tag zu einem Gedenktag für die ermordeten Juden zu machen. Wenn ich heute auf die vergangenen Monate und Jahre in Deutschland zurückblicke bin ich hin- und hergerissen. Ich muß gestehen, daß ich immer noch an die Demokratie glaube. Wenn ich Umfrageergebnisse über die Haltung junger Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren höre, die bei weitem nicht so fremdenfeindlich sind, wie man es der Jugend oft unterstellt, die nur halb so fremdenfeindlich denken wie die ältere Generation schöpfe ich eigentlich daraus Hoffnung und Mut.

Ich unterscheide zwischen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, das ist nicht immer das Gleiche. Wenn man hört, daß immer noch 30 Prozent der Bevölkerung latent antisemitisch denkt, die Hälfte davon manifest antisemitisch eingestellt ist, da unterscheide ich sehr wohl zwischen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Es gibt da auch die unterschiedlichsten Begründungen: Der Antisemitismus ist 2000 Jahre alt, die Fremdenfeindlichkeit - zumindest die Ausländerfeindlichkeit - ist eine Neuerscheinung der letzten Jahre.

Es beunruhigt mich etwas, daß, wenn die 18- bis 30jährigen ganz anders denken, bei denen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nur halb so weit verbreitet sind, dann stelle ich fest, daß das vor 20 oder 30 Jahren schon so war. Da stellt sich dann die Frage, ob das dann nicht eigentlich schon ganz verschwunden sein müßte. Aber offensichtlich ändert sich die Einstellung mit zunehmendem Alter, und das macht mir Sorge.

Ich befürchte immer noch, daß die Gesellschaft die Ausschreitungen, die wir jetzt hier haben, nicht ernst genug nimmt. Es beunruhigt mich, daß teilweise immer noch versucht wird, manche Telle der Gewalt als Dumme-Junge-Streiche oder mit Hoffnungslosigkeit - ich weiß nicht warum - abzutun und nach Begründungen zu suchen, warum es so ist. Als ob es irgendeine Begründung geben könnte, die Gewalt rechtfertigt. Wenn im Bericht des Bundesinnenministers steht, so muß ich sagen, daß ich das ganz anders sehe. Es gibt genügend Beweise, daß eine Zusammenarbeit zwischen den rechtsradikalen Parteien und diesen rechtsradikalen Gruppierungen vorhanden ist, und daß Kontakte unter diesen Gruppierungen eng verknüpft sind. Man findet einen Teil dieser Leute mal in dieser Gruppe, mal in jener Gruppe.

Und da kommen schon die Fragen: Pervertieren wir nicht die Demokratie und wie weit kann das überhaupt noch so gehen? Das hat mir Oberhof noch einmal verdeutlicht: Diese Gewalttäter wollen die Schmerzgrenze des Staates testen. Es ist kein Zufall mit diesen Steigerungen: Sinti und Roma, Schwarzafrika, nächster Schritt Türken, jetzt Amerikaner. Hier wird versucht: Wie weit können wir gehen, was können wir erreichen?

Das alles macht mir Kopfschmerzen, ich weiß kein Konzept, ich bin hilflos, auch weil ich oft gefragt werde: Was können wir tun, was sollen wir machen? Ich weiß es nicht, ich habe keine Lösung in der Tasche. Ich hatte in vielen Diskussionen mit jungen Leuten besonders dann, wenn welche sich aus der rechtsradikalen Ecke meldeten - und das geschieht immer häufiger, daß Rechtsradikale in meine Diskussion kommen - die Chance einige Dinge aufzuklären.

Ich möchte noch einmal zu dem aktuellen Thema kommen: Der 9. November als Gedenktag. Und ich muß gestehen, so sehr der 9. November sich dazu eignet, so habe ich doch gegen dieses Datum irgendwo im Innern gewisse Vorbehalte und Bedenken. Das gebe ich offen zu, weil wir da Gefahr laufen, daß das sich irgendwie vermischen wird mit dem 9. November 1989. Der Fall der Mauer ist für mich ein Kriterium, das sich eventuell zu sehr vermischen würde mit dem 9. November 1938. Ich halte es für wichtig über ein Datum nachzudenken. Es hat 55 Jahre gedauert seit dem 9. November 1938, da sollte es jetzt auf ein paar Wochen oder Monate nicht ankommen und man sollte zu einem Datum finden, mit dem man keine Komplikationen herbeiführen kann. Man sollte auch den 8. Mai mit in die Überlegungen einbeziehen.

(-/10. November 1993/rs/ks)
